

Beitrittserklärung/Aufnahmeantrag

Hiermit erkläre(n) ich/wir meinen/unseren Beitritt zum Deutschen Mieterbund Wuppertal und Umgebung e. V. gemäß den umseitigen Bedingungen der Vereinssatzung (**Kündigung ist erst nach zweijähriger Mitgliedschaft mit vierteljähriger Frist zum Jahresende möglich**) und zu den vom Vorstand/Beirat festgesetzten Konditionen. Der erste Jahresbeitrag und die Aufnahmegebühr sind sofort fällig und bar zu zahlen.

mit Rechtsschutz ohne Rechtsschutz (nur bei bestehender und nachgewiesener eigener Miet-Rechtsschutz-Versicherung)

	1. Antragsteller	2. Antragsteller
Name:		
Vorname:		
Geburtsdatum:		
Straße:		
PLZ/Ort:		
Telefon:		
E-Mail:		

Ich habe die Satzung sowie das Merkblatt zur Rechtsschutzversicherung erhalten und akzeptiere diese.

Datum

Unterschrift

Unterschrift

Bankverbindung: IBAN DE07 3305 0000 0000 591560 • BIC WUPSDE33XXX • Stadtparkasse Wuppertal

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Mandatsreferenz:

Gläubiger-ID: DE30ZZZ00000980196

Ich ermächtige den Deutschen Mieterbund Wuppertal und Umgebung e.V. • Paradestr. 63 • 42107 Wuppertal, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Deutschen Mieterbund Wuppertal und Umgebung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsart: Wiederkehrende Zahlung

IBAN	
BIC Kreditinstitut	
Name des Kontoinhabers	
Anschrift	

Ich bin damit einverstanden, dass ohne vorherige Ankündigung die Abbuchung erfolgen darf.

Ort, Datum

Unterschrift

Satzung des Deutschen Mieterbundes (DMB) Wuppertal und Umgebung e. V.

§ 1 – Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen „Deutscher Mieterbund (DMB) Wuppertal und Umgebung e. V.“
2. Er hat seinen Sitz in Wuppertal und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Wuppertal eingetragen.
3. Der Verein ist dem Deutschen Mieterbund Nordrhein-Westfalen e. V. und durch diesen dem Deutschen Mieterbund e. V., Sitz Berlin, angeschlossen.

§ 2 – Zweck und Ziel

1. Der Verein bezweckt den Zusammenschluss aller Mieter Wuppertals und Umgebung und mit dem Ziel der Förderung und Vertretung ihrer rechtlichen und sozialen Belange sowie der Besserung der Miet- und Wohnverhältnisse.
2. Der Deutsche Mieterbund (DMB) Wuppertal und Umgebung e. V. setzt sich für die Mieter in allen Bereichen des Miet- und Wohnungswesens ein.
3. Parteipolitische und religiöse Bestrebungen sowie ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb sind ausgeschlossen. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

§ 3 – Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

Zur Erreichung seiner Ziele setzt der Verein insbesondere folgende Mittel ein:

1. Aufklärungsarbeit durch öffentliche Veranstaltungen, Mitgliederversammlungen und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit
2. Vertretung der Interessen der Mieter gegenüber den Vermietern, Kommunen, örtlichen Verwaltungsbehörden, Verbänden und Unternehmen
3. Schlichtung bei Mietstreitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern (wie auch zwischen mehreren Mietparteien)
4. Erteilung von Rat und Auskunft an Mitglieder sowie ihre Vertretung im Rahmen des Vereinszwecks. Die Beratung und Vertretung kann der Verein durch eine dritte dazu berechtigte Person oder Institution ausüben lassen.

§ 4 – Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied kann jeder Mieter, Pächter oder selbstnutzender Wohnungseigentümer werden, sofern er die Satzung des Vereins anerkennt.
- Andere Personen können als Mitglieder aufgenommen werden, wenn von ihrer Zugehörigkeit eine Förderung des Vereins zu erwarten ist. Die Wiederaufnahme eines früheren Mitglieds wird davon abhängig gemacht, dass die Beitragsrückstände aus der früheren Mitgliedschaft nachbezahlt werden.
2. Die Satzung liegt in der Geschäftsstelle aus und ist im Internet veröffentlicht.
 3. Der Verein speichert und nutzt personenbezogene Daten der Mitglieder zu Vereinszwecken, soweit dies zur Ausübung der satzungsgemäßen Tätigkeit erforderlich ist und beachtet hierbei die Vorschriften zum Datenschutz. Als Mitglied des Deutschen Mieterbundes ist der Verein verpflichtet, seine Mitglieder an den Verband zu melden. Auch hierbei ist der Datenschutz gewährleistet. Hierzu erteilt das Mitglied seine Zustimmung.

§ 5 – Aufnahme, Austritt, Ausschluss

1. Die Aufnahme erfolgt durch eine Beitrittserklärung gegenüber dem Vorstand in Schrift- oder Textform sowie durch Ausfüllen eines Formulars, sofern rechtlich verbindliche Möglichkeiten der Authentifizierung gegeben sind. Die Annahme ist erfolgt, falls nicht binnen einer Frist von zwei Monaten die Aufnahme schriftlich gegenüber dem Bewerber abgelehnt ist. Der Bewerber ist an seinen Antrag bis zur Ablehnung durch den Vorstand gebunden.
2. Die Mitgliedschaft erlischt:
 - a) durch Kündigung
Eine Kündigung ist erst nach zweijähriger Mitgliedschaft möglich. Sie kann nur mit vierteljährlicher Frist zum Ende des Kalenderjahres erfolgen. Die Kündigung ist in schriftlicher Form einzureichen. Der Vorstand entscheidet über Ausnahmen bei Formmängeln. Mit dem Ausspruch der Kündigung enden auch alle Vereinsämter und eine Ehrenmitgliedschaft.
 - b) durch Tod
 - c) durch Ausschluss
Das Mitglied hat das Recht des Widerspruchs. Der Widerspruch hat spätestens einen Monat nach Zustellung des Beschlusses schriftlich an den Vorstand zu erfolgen. Die Frist ist eine Ausschlussfrist. Bei fristgerechtem Widerspruch entscheidet über den Ausschluss endgültig die Mitgliederversammlung. Während der Dauer des Ausschlussverfahrens ruhen alle Rechte, Pflichten und Vereinsämter des Mitglieds. Mit dem Wirksamwerden des Ausschlusses enden alle Vereinsämter.
3. Der Mitgliedsausweis bleibt Eigentum des Vereins, er ist bei Beendigung der Mitgliedschaft zurückzugeben.

§ 6 – Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen des Vereins nach Maßgabe der dafür vom Vorstand aufgestellten Richtlinien zu nutzen.
2. Mit der Mitgliedschaft im Verein erwerben die Mitglieder folgende Rechte:
 - a) Sie erhalten kostenlose Beratung in allen Miet- und Wohnungsfragen. Rat und Auskunft werden kostenlos erteilt. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Beratung innerhalb einer bestimmten Frist. Für weitergehende Tätigkeiten kann der Vorstand eine Beitragsordnung beschließen, in der die Erstattung entstandener Kosten oder Pauschalbeträge hierfür festgelegt werden. Der Vorstand kann durch Beschluss die Erbringung von Leistungen durch Dritte regeln. Der Vorstand kann durch Beschluss für die Mitglieder Obliegenheits- und Mitwirkungspflichten bei der Inanspruchnahme der Beratung festlegen. Die Einhaltung von gesetzlichen oder gerichtlichen Fristen ist Sache des Mitglieds, es sei denn, das Mitglied hat die Fristenkontrolle im Einzelfall dem Verein übertragen. Der Verein haftet den Mitgliedern nur bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verursachung eines Schadens.

- b) Rechtsschutz in Mietstreitigkeiten besteht für das Mitglied soweit und in dem Umfang, als das durch den Verein für seine Mitglieder ein Gruppenversicherungsvertrag mit einer Rechtsschutzversicherung abgeschlossen ist. Der Abschluss der im Mitgliedsbeitrag enthaltenen Rechtsschutzversicherung ist obligatorisch. Hiervon ausgenommen sind Mitglieder, die bei Eintritt in den Verein eine schon vorhandene Mietrechtsschutzversicherung nachweisen können.
Für Mitglieder, die in einer selbstgenutzten Eigentumswohnung leben oder ein Gewerbetätigkeitsverhältnis begründet haben, besteht keine Möglichkeit einer Prozesskostenversicherung. Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn das Mitglied bei Streitigkeiten die Beratung des Vereins in Anspruch nimmt und, soweit möglich, der Versuch einer außergerichtlichen Erledigung durch den Verein gescheitert ist. Der Umfang der Leistungen ergibt sich bei mieterrechtlicher Angelegenheit aus dem Gruppenvertrag und den Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen, die in der Geschäftsstelle eingesehen werden können.
 - c) Im Rahmen seiner personellen und finanziellen Möglichkeiten unterrichtet der Verein die Mitglieder insbesondere über aktuelle miet- und wohnungspolitische Fragen.
 - d) Mitglieder, die auch Vermieter sind, erhalten in ihrer Eigenschaft als Vermieter keine Leistungen.
3. Aus der Mitgliedschaft im Verein erwachsen den Mitgliedern folgende Verpflichtungen:
 - a) Jedes Mitglied hat bei seinem Eintritt eine Aufnahmegebühr und einen Jahresbeitrag zu zahlen. Die Höhe der Aufnahmegebühr und des Jahresbeitrags werden durch Aushänge in der Geschäftsstelle oder im Internet bekanntgegeben.
 - b) Der Jahresbeitrag ist jeweils zum 15. Januar eines Jahres in voller Höhe zur Zahlung fällig.
Der Beitrag ist eine Bringschuld und für ein Jahr im Voraus zu zahlen. In Einzelfällen kann der Vorstand durch Beschluss den Mitgliedsbeitrag ermäßigen, wenn das Mitglied besondere Umstände nachweist.
 - c) Die Ausübung und Inanspruchnahme von Mitgliedschaftsrechten ist ausgeschlossen, solange ein Beitragsrückstand von 3/12 eines Jahresbeitrags besteht.
 - d) Beim Tode eines Mitglieds kann der überlebende Ehegatte oder Lebenspartner die Mitgliedschaft fortsetzen. Mitglieder auswärtiger, dem Deutschen Mieterbund angeschlossener Mietervereine, werden beim Zuzug in den Vereinsbereich ohne Aufnahmegebühr als Mitglieder übernommen.
 - e) Von Mitgliedern über den ordentlichen Beitrag hinaus freiwillig geleistete Beiträge gelten als Mitgliedsbeiträge und sind für allgemeine Vereinszwecke zu verwenden.
 - f) Adressänderungen und Änderungen der Bankverbindungen sind der Geschäftsstelle rechtzeitig mitzuteilen.

§ 7 – Organe des Vereins

- Die Organe des Vereins sind:
1. die Mitgliederversammlung
 2. der Beirat
 3. der Vorstand.

§ 8 – Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von vier Wochen einberufen. Die Einberufung erfolgt individuell durch Textform. Sie findet alle zwei Jahre statt.
2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann vom Vorstand jederzeit einberufen werden, sie muss auf Antrag von 1/10 der Mitglieder erfolgen.
3. Die Mitgliederversammlung nimmt den vom Vorstand zu erstellenden Organisations-, Geschäfts- und Kassenbericht entgegen und beschließt über:
 - a) die Entlastung des Vorstands und des Beirates
 - b) die Wahl der Kassenprüfer
 - c) die Satzungsänderungen
 - d) den Austritt bzw. den Wechsel in einen anderen DMB-Landesverband
 - e) die Auflösung des Vereins oder die Fusion mit einem anderen dem Deutschen Mieterbund angehörigen Verein
4. Den Vorsitz der Mitgliederversammlung führen der Vorsitzende oder ein anderes Mitglied des Vorstandes, sofern die Mitgliederversammlung nicht anders beschließt.
5. Anträge zur Tagesordnung und Wahlvorschläge für den Vorstand und Beirat sind spätestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich bei der Geschäftsstelle einzureichen. Über die Behandlung der verspätet eingehenden Anträge und Wahlvorschläge beschließt die Versammlung mit 3/4-Stimmenmehrheit.
6. Die Versammlung ist stets beschlussfähig. Sie beschließt, sobald durch Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmt ist, mit einfacher Mehrheit der erschienen Mitglieder. Enthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen.
7. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung haben für sämtliche Mitglieder bindende Kraft. Über den Ablauf ist ein Protokoll zu führen, welches vom Versammlungsleiter und zwei Teilnehmern der Mitgliederversammlung zu unterzeichnen ist.

§ 9 – Beirat

1. Der Beirat besteht aus den Mitgliedern des Vorstandes und bis zu fünf weiteren Mitgliedern des Vereins, die von der Mitgliederversammlung für vier Jahre gewählt werden. Scheidet ein Mitglied vor Ende der Wahlzeit aus, kann eine Ersatzwahl auf der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung stattfinden. Nachwahlen gelten für den Rest der ordentlichen Amtszeit nach Satz 1.
2. Der Beirat soll in der Regel alle einviertel Jahre zusammentreten. Er wird vom Vorsitzenden einberufen oder ist auf Antrag von mindestens vier Beiratsmitgliedern vom Vorsitzenden einzuberufen. Ihm obliegt die Beschlussfassung über:
 - a) die Höhe der Aufnahmegebühr und des Jahresbeitrags
 - b) die einheitliche Gestaltung der allgemeinen Arbeitsbedingungen für die hauptamtlichen Kräfte und die Begründung und Beendigung der Arbeitsverhältnisse von Angestellten und von Honorarkräften ab einer Dauer von drei Monaten

- c) die Zahlung der Aufwandsentschädigung, Entschädigungen für Mitglieder des Vorstandes und des Beirates unter Beachtung der Grundsätze der Gemeinnützigkeit
3. Der Beirat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Anwesenden.
 4. Über den Verlauf der Beiratssitzung ist ein Protokoll zu führen.

§ 10 – Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu drei weiteren von der Mitgliederversammlung gewählten Vorstandsmitgliedern sowie gegebenenfalls einem kooptierten Mitglied.
2. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende sind Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich allein.
3. Dem Vorstand obliegt die Beschlussfassung über sämtliche Vereinsangelegenheiten, soweit sie nicht nach dem Gesetz oder der Satzung dem Beirat oder der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Er fasst seine Beschlüsse in der vom Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens zwei Mitgliedern des Vorstandes vom Vorsitzenden einberufenen Sitzung mit einfacher Mehrheit der Anwesenden. Über den Verlauf der Vorstandssitzung ist ein Protokoll zu führen.
4. Die Mitglieder des Vorstandes werden aus dem Kreis der Vereinsmitglieder auf die Dauer von vier Jahren bestellt. Sie bleiben solange im Amt, bis eine Neubestellung des Vorstandes erfolgt ist. Scheidet ein Mitglied vor Ende der Wahlzeit aus, kann eine Ersatzwahl auf der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung stattfinden. Scheiden mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder vor Ablauf der Wahlzeit aus, so ist in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Ergänzungswahl durchzuführen. Nachwahlen gelten für den Rest der ordentlichen Amtszeit nach Satz 1. Darüber hinaus kann der Vorstand jederzeit ein zusätzliches Mitglied einstimmig in den Vorstand kooptieren. Eine solche Kooptation gilt jeweils nur bis zum Ende der laufenden Amtsperiode.

§ 11 – Kassenprüfer

Die Mitgliederversammlung wählt drei Kassenprüfer auf die Dauer von zwei Jahren. Sie haben die Buch- und Kassenprüfung laufend zu überwachen und können auch unvermittelte Prüfungen vornehmen. Sie haben am Schluss eines Geschäftsjahres das Prüfungsergebnis niederzulegen. In der ordentlichen Mitgliederversammlung haben sie einen Prüfungsbericht zu erstatten und zur Entlastung des Vorstandes und des Beirates Stellung zu nehmen. Wenn nicht mindestens zwei Kassenprüfer im Amt sind, hat der Vorstand einen vom Gericht zugelassenen und vereidigten Sachverständigen mit der Prüfung des Jahresabschlusses zu beauftragen.

§ 12 – Wählbarkeit

1. Als Vorstand, Beirat und zum Kassenprüfer dürfen nur Personen gewählt werden, die volljährig und geschäftsfähig sind.
2. Vorstands- oder Beiratsmitglied kann nur sein, wer mindestens drei Jahre im Verein ist. Der Beirat kann im Einzelfall auch Ausnahmen zulassen.

§ 13 – Geschäftsführung

Der Vorstand bestellt die Geschäftsführung des Vereins. Die Geschäftsführung leitet die Geschäfte des Vereins und handelt im Namen des Vorstandes des Vereins. Der Beirat kann eine Anweisung für die Geschäftsführung erlassen. Vertreter der Geschäftsführung nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Vorstandes und des Beirates teil.

§ 14 – Haftungsfreistellung

Die Vorstandsmitglieder und Vereinsrepräsentanten werden vom Verein von allen Ansprüchen des Vereins und von Dritten freigestellt, die sich persönlich gegen sie aufgrund einer Tätigkeit für den Verein ergeben. Der Verein wird die gegen ein Vorstandsmitglied oder einen sonstigen Repräsentanten geltend gemachten Zahlungsansprüche entweder auf Kosten des Vereins abwehren oder befriedigen. Diese Freistellung umfasst keine Ansprüche, die aufgrund grobfahrlässigen oder vorsätzlichen Handelns entstehen und keine Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

§ 15 – Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 16 – Gerichtsstand

Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Ansprüche und Streitigkeiten ist der Sitz des Vereins.

§ 17 – Auflösung; Fusion

1. Die Auflösung des „Deutschen Mieterbundes (DMB) Wuppertal und Umgebung e. V.“ oder die Fusion mit einem anderen dem Deutschen Mieterbund angehörenden Verein kann nur von einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung und nur mit 3/4-Mehrheit beschlossen werden. Die Mitgliederversammlung ist nur beschlussfähig, wenn mindestens fünf Prozent der Mitglieder anwesend sind. Beim Fehlen dieser Voraussetzungen ist frühestens nach sechs Wochen eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig.
2. Die Auflösung beschließende Mitgliederversammlung beschließt auch über die Verwendung des vorhandenen Vereinsvermögens nach den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit.

Wuppertal, 17.11.2016

Merkblatt Rechtsschutzversicherung

Sehr geehrtes Mitglied,

mit einer Rechtsschutzversicherung haben wir einen Gruppenvertrag über die Versicherung unserer Mitglieder bei Mietrechtstreitigkeiten abgeschlossen. Die Versicherungsprämie ist in unserem Jahresbeitrag enthalten. Eine Befreiung kann bei Nachweis des Bestehens einer eigenen Rechtsschutzversicherung im Mietrecht erfolgen. Der Jahresbeitrag vermindert sich in einem solchen Fall um 23,00 €.

Folgende Bedingungen sind bei der Mietrechtsschutzversicherung zu beachten:

- Versichert sind die Kosten der Prozesse aus Streitigkeiten des Wohnraummietverhältnisses für eigen genutzte Wohnungen. **Zweitwohnungen und gesondert angemietete Garagen sind vom Versicherungsschutz nicht mit umfasst.**
- Wie bei jeder anderen Rechtsschutzversicherung besteht auch hier bei Neumitgliedern eine **dreimonatige Wartefrist**. Kostenschutz kann also nur gewährt werden, wenn der **Grund** für den Streitfall, aus dem sich der Prozess entwickelt, nicht vor oder während der dreimonatigen Wartefrist liegt. Maßgebend ist demnach nicht der Zeitpunkt der Klageerhebung oder ähnliches.
- **Versicherungsumfang:** Die Versicherung zahlt bis zu 50.000,00 EUR je Prozess für die gesetzliche Vergütung des eigenen Anwalts, die gesetzliche Vergütung des Gegenanwalts sowie die Gerichtskosten (einschließlich etwaiger Zeugen- und Gutachtergebühren).

Wenn Sie Kosten tragen müssen, zum Beispiel bei verlorenem Prozess oder im Vergleichsfall, ist lediglich eine Selbstbeteiligung an den Kosten in Höhe von **maximal 100,00 EUR** zu zahlen.

- **Beratungspflicht:** Die Rechtsschutzversicherung tritt nur ein, wenn vor Prozessbeginn eine Beratung beim Mieterverein stattgefunden hat, das heißt:
 1. Der Mieterverein ist möglichst frühzeitig zu einer Beratung aufzusuchen, zum Beispiel wenn der Vermieter dem Mieter gegenüber eine Erklärung abgegeben hat, die zu einem gerichtlichen Streit führen kann (Kündigung, Mieterhöhung oder ähnliches). Dies gilt auch dann, wenn das Mitglied (Mieter) selbst gegen den Vermieter vorgehen will. Dem Mieterverein ist Gelegenheit zu geben, eine außergerichtliche Erledigung zu versuchen.
 2. Die Verletzung dieser Obliegenheit führt nach den Bedingungen der Gruppenrechtsschutzversicherung zum Verlust des Kostenschutzes. Eine Deckungszusage bei der Rechtsschutzversicherung kann nur über den Mieterverein beantragt werden. Die Rechtsschutzversicherung kann – wie alle Rechtsschutzversicherer – den Kostenschutz für einen Prozess ohne Erfolgsaussichten verweigern.
- Kommt das Mitglied seiner **Beitragspflicht** nicht nach, kann dies zum Verlust des Versicherungsschutzes führen.
- Bei **Wohngemeinschaften** ist nur derjenige umfassend versichert, der Mitglied des Mietervereins ist. Mitglied kann nur eine Einzelperson sein. Alle anderen Mitglieder der Wohngemeinschaft, selbst wenn deren Namen dem Mieterverein gemeldet sind, müssen einen Teil der Anwaltskosten selbst tragen.
- **Anschriftenänderungen** sind dem Mieterverein sofort zu melden, damit die Rechtsschutzversicherung auf die neu angemietete Wohnung übertragen werden kann.

Rechtsberatungszeiten:

Montag + Mittwoch + Donnerstag
8:30 - 11:00 Uhr ohne Termin
oder nach Terminvereinbarung

Öffnungszeiten:

Montag + Donnerstag 8:00 - 18:00 Uhr
Dienstag + Mittwoch 8:00 - 17:00 Uhr
Freitag 8:00 - 14:00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Wuppertal
IBAN DE07 3305 0000 0000 591560
BIC WUPSDE33XXX

Mitgliedsbeiträge

Gültig ab 01.10.2024

Mitgliedsbeitrag (Wohnung) inkl. Mietrechtsschutzversicherung	107 € (jährlich)
Mitgliedsbeitrag (selbstnutzender Eigentümer) ohne Prozesskostenversicherung	107 € (jährlich)
Mitgliedsbeitrag (Gewerbe) ohne Prozesskostenversicherung	123 € (jährlich)
Aufnahmegebühr	20 € (einmalig)

- Mit dem Tag des Eintritts besteht ein Anspruch auf Rechtsberatung.
- Rechtsschutzversicherung mit dreimonatiger Wartefrist.
- Bei Eintritt in den Verein ist ein Jahresbeitrag zuzüglich Aufnahmegebühr im Voraus zu zahlen.
- Die Beiträge sind jeweils zum 15. Januar eines jeden Kalenderjahres fällig.

Rechtsberatungszeiten:

Montag + Mittwoch + Donnerstag
8:30 - 11:00 Uhr ohne Termin
oder nach Terminvereinbarung

Öffnungszeiten:

Montag + Donnerstag 8:00 - 18:00 Uhr
Dienstag + Mittwoch 8:00 - 17:00 Uhr
Freitag 8:00 - 14:00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Wuppertal
IBAN DE07 3305 0000 0000 591560
BIC WUPSDE33XXX